

# Beispielstunde zu aktuellen Herausforderungen unseres Rechtsstaats

Gegenstand: Kann ein Parteiverbot in einer pluralistischen Gesellschaft eine demokratische Antwort auf Verfassungsfeindlichkeit sein? → aktuelles Beispiel: AfD-Verbot

Ergebnis der Sachstrukturanalyse: In Deutschland dürfen Parteien grundsätzlich frei gegründet werden. Aber: Wenn eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv bekämpft, kann sie vom Bundesverfassungsgericht verboten werden (vgl. Art. 21 GG).

Bei der AfD wird darüber diskutiert, ob Teile der Partei verfassungsfeindlich sind – etwa durch rassistische Aussagen oder demokratiefeindliche Positionen. Der Verfassungsschutz beobachtet die Partei zum Teil bereits. Doch ein Parteiverbot ist rechtlich sehr schwierig (verfassungsfeindlich ≠ verfassungswidrig) und politisch hoch umstritten (Schutz oder Einschränkung der Demokratie).

Thema der Stunde: Ein Verbot der AfD – Chance oder Risiko für die Demokratie in Deutschland?

Hauptintention: Die SuS beurteilen differenziert (Legitimität: Schutz vs. Einschränkung der Demokratie) und reflektiert (eigenes Demokratieverständnis) ein mögliches Verbot der AfD zur Förderung ihrer Urteilskompetenz.

Einstieg:

- Zitate visualisieren, um Kontroverse aufzuwerfen:

**„Die AfD ist in Teilen eine erwiesenermaßen rechtsextreme Partei. Ein Verbotsverfahren wird unausweichlich.“**

– Saskia Esken, SPD-Parteivorsitzende, in einem Interview mit der *taz*, 17.01.2024

**„Ein AfD-Verbot wäre politisch kontraproduktiv und juristisch kaum durchsetzbar.“**

– Christian Lindner, Bundesfinanzminister (FDP), zitiert in der *Süddeutschen Zeitung*, 12.01.2024

- Problemfrage entwickeln (z.B. „Sollte die AfD verboten werden?“)
- Vorausurteil bilden (z.B. durch spontane Abstimmung) und Ergebnis festhalten)

Erarbeitung:

- Teilung der Klasse nach den politischen Perspektiven, die sich im Einstieg offenbart haben → Pro/Contra

- Material:

## **Soll die AfD verboten werden?**

### **Warum ein AfD-Verbot gerechtfertigt sein könnte**

Die AfD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt. Mehrere Landesverbände gelten sogar als „gesichert rechtsextrem“. Kritiker:innen sehen darin eine ernsthafte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ein Verbot wäre ein klares Signal: Wer aktiv gegen zentrale Prinzipien wie Menschenwürde, Gleichheit und Rechtsstaat agiert, hat keinen Platz im Parteienspektrum einer wehrhaften Demokratie.

Das Parteienverbot ist im Grundgesetz (Art. 21 GG) verankert – als Schutzmaßnahme gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen. Die Demokratie soll sich nicht selbst abschaffen müssen. Wenn eine Partei gezielt gegen das System arbeitet, kann ein Verbot ein legitimes Mittel sein, um Schaden vom Staat und seinen Bürger:innen abzuwenden.

Die deutsche Geschichte, insbesondere der Aufstieg der NSDAP, zeigt, wie gefährlich es ist, extremistischen Parteien zu viel Raum zu geben. Manche argumentieren, dass aus der Geschichte eine besondere Verantwortung erwächst, frühzeitig klare Grenzen zu setzen, bevor autoritäre Kräfte demokratische Institutionen aushöhlen.

Frühere Parteiverbote wie das der SRP (Sozialistische Reichspartei, 1952) oder der KPD (1956) zeigen, dass der Staat in der Vergangenheit bereits Maßnahmen gegen verfassungsfeindliche Organisationen ergriffen hat. Diese Beispiele stützen die rechtliche und politische Legitimation eines solchen Schritts.

### **Warum ein AfD-Verbot problematisch sein könnte**

Ein Parteiverbot könnte der AfD eher nützen als schaden. Es besteht die Gefahr, dass sie sich in der Opferrolle inszeniert und dadurch noch mehr Unterstützung gewinnt. Ein Verbot könnte von Anhänger:innen als Beleg für ein „Systemversagen“ oder „Meinungsunterdrückung“ gewertet werden – mit ungewollten Radikalisierungseffekten.

Einige Stimmen betonen, dass in einer Demokratie problematische Positionen politisch gestellt und entlarvt werden sollten – nicht durch ein Verbot unterdrückt. Eine lebendige Demokratie lebt von Debatte, Widerspruch und Überzeugungskraft, nicht von Verboten. Nur so bleiben politische Ideen überprüfbar und kontrollierbar.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits das NPD-Verbot 2017 abgelehnt – obwohl die Partei klar verfassungsfeindlich war. Der Grund: Der tatsächliche Einfluss auf das politische System war zu gering. Auch im Fall der AfD müsste nachgewiesen werden, dass sie aktiv und wirksam die Demokratie abschaffen will – ein sehr schwer zu belegender Vorwurf.

Ein Verbot einer demokratisch gewählten Partei wirft grundsätzliche Fragen zur politischen Meinungsfreiheit auf. Wer entscheidet, was „verfassungsfeindlich“ ist – und wo zieht man die Grenze? Kritiker:innen warnen, dass ein solcher Schritt das Vertrauen in die politische Neutralität des Staates untergraben könnte.

- Arbeitsaufträge (nach Teilung der Lerngruppe):

*Pro:* Erarbeite Argumente, die für ein Verbot der AfD sprechen.

*Contra:* Erarbeite Argumente, die gegen ein Verbot der AfD sprechen.

### Sicherung und Urteilsbildung:

- Durchführung einer Pro-Contra-Debatte; tabellarische Sicherung an Tafel/Smartboard:

Sollte die AfD verboten werden?	
Pro	Contra
<ul style="list-style-type: none"><li>- Gefährdung demokratischer Grundwerte ( Menschenwürde, Gleichheit, Rechtsstaat)</li><li>- Parteienverbot ist als Schutzmechanismus einer wehrhaften Demokratie durch das Grundgesetz legitimiert</li><li>- Historische Verantwortung verlangt, frühzeitig auf wachsenden Rechtsextremismus zu reagieren</li><li>- Präzedenzfälle (SRP, KPD) bestätigen die Umsetzbarkeit eines Parteiverbots und dessen Legitimität</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Verbot bietet Anhängern der Partei die Möglichkeit, sich als Märtyrer oder Opfer zu inszenieren</li><li>- einer demokratisch gewählten Partei muss sich mittels demokratischer Auseinandersetzung entgegengestellt werden</li><li>- rechtliche Hürden: Verfassungswidrigkeit muss unanzweifelbar belegt sein</li><li>- Gefahr für Meinungsvielfalt: Jedes Verbot schafft Präzedenzfälle zur Abschaffung weiterer Parteien und somit zur potentiellen Meinungsunterdrückung</li></ul>

- Öffnung der Debatte; Formulieren eines persönlichen Urteils

(- Folgende Zitate könnten helfen sich zu positionieren:

**„Wenn eine Partei die Demokratie bekämpft, muss die Demokratie sich wehren.“**

– *Konstantin von Notz*, Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums (Grüne), im *Deutschlandfunk*, 17.01.2024

**„Ein Parteiverbot ist das schärfste Schwert der Demokratie – und es stumpft ab, wenn man es falsch einsetzt.“**

– *Patrick Sensburg*, CDU-Politiker und Verfassungsrechtler, im *ZDF heute journal*, 10.01.2024)

### mögliches Vertiefungsmaterial:

- Artikel Deutschlandfunk  
(URL: <https://www.deutschlandfunk.de/afd-verbot-102.html?#Voraussetzungen>)

### **Was sind die Voraussetzungen, um eine Partei zu verbieten?**

Das Verbot von demokratiefeindlichen Parteien oder Vereinen ist eines der Mittel, mit denen eine wehrhafte Demokratie gegen ihre Feinde und somit gegen ihre eigene Abschaffung vorgehen kann. Grundlage für ein solches Verbot ist der **Artikel 21 des Grundgesetzes**. Dort heißt es:

*„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“*

Was das genau bedeutet, legte das Bundesverfassungsgericht in weiteren Entscheidungen fest. So muss die Partei sich beispielsweise in „aktiv-kämpferischer Weise“ für die **Abschaffung der Demokratie** einsetzen. Es genüge nicht, oberste Verfassungswerte abzulehnen, heißt es in einer Erläuterung des Bundesinnenministeriums. „Die Partei muss vielmehr planvoll das Funktionieren der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beseitigen wollen“ – also **aktiv gegen den Staat vorgehen**.

Ein weiter entscheidender Punkt: Es müssen konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die es möglich erscheinen lassen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein kann. Das heißt, eine Partei kann nur verboten werden, wenn sie auch eine **gewisse Chance hat, ihre verfassungsfeindlichen Ziele durchzusetzen**.

Auch gegen welche Werte des Grundgesetzes die Partei vorgehen müsste, ist recht eng gefasst. Es handelt sich dabei um die drei zentralen Kernwerte. Diese sind die **Würde des Menschen** – der Grundsatz, dass alle Menschen gleich viel wert sind –, das **Demokratieprinzip** und schließlich das **Rechtsstaatsprinzip**, also die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt und eine Kontrolle durch unabhängige Gerichte.

Den Antrag auf ein Parteiverbot können nur der Bundestag, der Bundesrat oder die Bundesregierung stellen. Über ein Parteiverbot entscheidet dann das Bundesverfassungsgericht.